



iran-report

Nr. 08/2005

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Radikalisierung erobern die Macht / USA: Ahmadinedschad war an Geiselnahme beteiligt / Gandji in Lebensgefahr / Anwalt festgenommen / Gandjis zweiter Brief aus dem Gefängnis / Kundgebung für Gandji / Justiz gibt Folterungen in Gefängnissen zu / Chatamis Zukunftspläne / Chatami: Nachfolger sollte Demokratie nicht ignorieren

II. Wirtschaft

Über sieben Millionen Internet-Nutzer / Straßen- und Tunnelbau in Tadschikistan / Indien will „auf jeden Fall“ Gas aus Iran importieren / Iran entwickelt Technik für Feststoffraketen

III. Außenpolitik

Irans Ultimatum an die EU / Iraks Ministerpräsident zum Staatsbesuch in Teheran / Iran kritisiert Otto Schily, Schily weist die Kritik scharf zurück / Ahmadinedschad schreibt an Köhler / Iran geht verstärkt gegen El Kaida vor / Iran wirft USA und Israel vor, Atomexperten auszuspionieren / Chatami sieht Dialog mit USA in weiter Ferne



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 09/2005 Anfang September) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im August 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Radikalisierung erobern die Macht

Die Wahl Mahmud Ahmadinedschads zum neuen Staatspräsidenten wird die Machtkonstellationen in der Islamischen Republik gravierend verändern. Seit Bestehen des Gottesstaates wurde von allen Fraktionen, die an der Macht beteiligt waren, ein Grundsatz strikt befolgt: Die Grenze zwischen dem islamischen Lager und dem Rest der Gesellschaft darf niemals überschritten werden. So gab es in den vergangenen 26 Jahren eine unsichtbare, aber deutlich spürbare Mauer zwischen den Fraktionen und politischen Kräften, die als „eigene“ betrachtet wurden und im Staat das Sagen hatten und jenen Strömungen – als „nichteigene“ bezeichnet –, die aus allen politischen Entscheidungen gänzlich ausgeschlossen waren. Während es den „eigenen“ Kräften erlaubt war, Parteien und Organisationen zu bilden, miteinander um die Macht zu rivalisieren und sich schonungslos zu kritisieren, wurde selbst die leiseste Kritik von außen als Angriff gegen das gesamte System betrachtet und mit allen erlaubten und nicht erlaubten Mitteln im Keim erstickt. Dadurch entstand eine kuriose Situation. Auf der einen Seite gab es eine Gesellschaft, die von einer Despotie beherrscht wurde und zum Schweigen verurteilt war und auf der anderen Seite eine Gesellschaft, die man durchaus als pluralistisch bezeichnen konnte.

Mit der Wahl Chatamis und während seiner achtjährigen Regierungszeit bekam die trennende Mauer zwischen den beiden Teil-Gesellschaften immer größere Risse. Grund dafür war, dass Chatami überwiegend von Wählern gewählt wurde, die nicht aus dem islamischen Lager stammten. Die gesamte Reformbewegung, die die Demokratisierung der Gesellschaft zum Ziel hatte, wurde hauptsächlich von den Massen getragen, die der herrschenden Macht gegenüberstanden und im Grunde eine andere Republik wollten. Chatamis Dilemma bestand darin, dass er einerseits eine zivile Gesellschaft anstrebte und dabei auf die Unterstützung der „Nichteigenen“ angewiesen war und auf der anderen Seite den Gottesstaat, von dem er überzeugt war, unter keinen Umständen in Gefahr bringen wollte. Die Folge war, dass er sich in den entscheidenden Momenten, in denen die zivile Gesellschaft sich

zu Wort meldete, wie zum Beispiel bei den Studentenprotesten oder bei der liberalen Presse, letztendlich auf die Seite der Konservativen stellte, um tatsächliche oder vermeintliche Gefahren vom islamischen Staat abzuwenden. Aber nicht alle Reformer waren bereit, Chatami auf diesem Weg zu folgen. Unter ihnen gab es Politiker, Geistliche und Intellektuelle, die die verbotene Grenze zwischen den „Eigenen“ und „Nichteigenen“ überschritten und damit ein Zerbröckeln der Fraktion der Reformer verursachten. Mit den Kommunalwahlen vor zwei Jahren und den Parlamentswahlen vor einem Jahr, bei denen die Reformer eine herbe Niederlage hinnehmen mussten, setzten sich die Spaltungen fort, so dass ein Teil der Reformer sogar zu der Auffassung gelangte, ohne eine Änderung der Verfassung seien Reformen nicht möglich. Das war ein deutliches Signal in Richtung jener Gesellschaft außerhalb des islamischen Lagers.

Die Wahl Ahmadinedschads zum Staatspräsidenten wird das Abdriften der Reformer ins andere Lager beschleunigen. Denn es ist so gut wie sicher, dass der neue Präsident die höchsten wie auch die mittleren Ränge des Staatsapparates von Reformern säubern wird. Damit müssen sich die Betroffenen entweder vorläufig zur Ruhe setzen oder zu ihren eigentlichen Wählern jenseits des islamischen Lagers Verbindung aufnehmen und versuchen, ihre Basis zu organisieren. Die Ankündigung der beiden Reformkandidaten Mostafa Moin und Mehdi Karrubi, eine eigene Partei gründen zu wollen, bestätigt, dass die Reformer nun endlich zu jenen Schritten entschlossen sind, die sie in der achtjährigen Regierungszeit Chatamis versäumt haben.

Die Wahl Ahmadinedschads zum Staatspräsidenten hat aber auch für die Konservativen erhebliche Folgen. Schon die Stichwahl machte die Spaltung, die sich bereits seit geraumer Zeit im Lager der Konservativen abzeichnete, deutlich. Die beiden Kandidaten Ahmadinedschad und Rafsandschani, die in der zweiten Wahlrunde einander gegenüberstanden, sind Repräsentanten verschiedener Fraktionen im Lager der Konservativen. Rafsandschani vertritt jene Generation, die seit der Gründung der Islamischen Republik die Macht für sich monopolisiert hat. Diese Generation, deren Mitglieder inzwischen zum Teil für sich große Reichtümer ange-



häuft haben, ist mittlerweile moderater geworden. Die revolutionären Ziele und Parolen von einst wurden zugunsten einer pragmatischeren Sichtweise an den Rand gedrängt. Die Einsicht, dass das Land endlich aus der Isolation herauskommen und sich nach außen öffnen muss und dass das Volk, vor allem die Jugend, nicht auf Dauer gegängelt werden kann und gewisse Freiräume braucht, hat sich im Laufe der Jahre durchgesetzt. Wäre Rafsandschani an die Macht gekommen, hätte er im Grunde die Reformpolitik Chatamis in modifizierter Form fortgesetzt. Er hätte die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen versucht, wäre außenpolitisch zu Konzessionen bereit gewesen, hätte alles daran gesetzt, um die Beziehungen zu den USA zu normalisieren und den Atomkonflikt zu lösen.

Demgegenüber vertritt Ahmadinedschad jene Generation, die nie die erste Geige spielen durfte. Sie hat während der Revolution und danach beim achtjährigen Krieg gegen Irak immer nur Befehle von oben empfangen und die Hauptlast, auch die beim Aufbau nach dem Krieg getragen. Jetzt, nach mehr als einem Vierteljahrhundert sieht sie ihre Zeit gekommen, um mit den grauen Eminenzen abzurechnen. Ihr kommt zugute, dass sie bislang als Zwischenglied zwischen der Staatsführung und den Massen fungierte und im Gegensatz zu den Greisen die Verbindung zu den Volksmassen aufrechterhalten hat.

Die von den Radikalen durch massive Wahlmanipulationen erreichte Gegenüberstellung von Rafsandschani und Ahmadinedschad im zweiten Wahlgang symbolisierte im Grunde die Gegenüberstellung der beiden Generationen, der Generation jener Geistlichkeit, die durch die Revolution zu Macht und Reichtum gelangt ist und sich weit vom Volk entfernt hat und der Generation, die immer noch auf Seite der Barfüßigen und Habenichtse steht, den Zielen der Revolution treu geblieben ist und bestrebt ist, einen islamischen, gerechten und von ausländischen Feinden unabhängigen Staat zu etablieren. Nun haben Ahmadinedschad und seine Anhänger den Sieg davon getragen und dieser Sieg wird die Machtstrukturen auch bei den Konservativen verändern. Die Radikalen, die sich „Abadgaran“ nennen (übersetzt etwa: Leute, die blühende Landschaften schaffen wollen), haben im Parlament die Mehrheit. Sie werden nun die gesamte Exekutive mit ihren Anhängern besetzen. Bei den Revoluti-

onswächtern (deren Organisation heute weit mächtiger ist als die reguläre Armee) und bei den Basidjis (Organisation für den Aufbau), die insgesamt über mehr als zwei Millionen Mitgliedern verfügen, haben sie eine große Hausmacht, ebenso wie bei der Justiz, bei paramilitärischen Organisationen, den Geheimdiensten und nicht zuletzt bei den Freitagspredigern. Mit dieser geballten Macht werden sie versuchen, nicht nur die Reformer, sondern auch die moderaten und etablierten Konservativen an den Rand zu drängen. Wie weit das gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die Zivilgesellschaft sich zu dieser Entwicklung verhält und wie stark der Druck von außen sein wird.

USA: Ahmadinedschad war an Geiselnahme beteiligt

Die USA haben in bislang deutlichster Form erklärt, dass der designierte iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad bei der Besetzung der US-Botschaft in Teheran 1979 eine wichtige Rolle gespielt haben könnte.

"Herr Ahmadinedschad war ein führendes Mitglied der Studentenbewegung, die den Angriff auf die Botschaft und die Geiselnahme von US-Bürgern organisiert hat", sagte ein Sprecher des Präsidialamtes in Washington. Dies hätten erste Untersuchungen ergeben, die fortgeführt würden. Allerdings sei noch unklar, ob Ahmadinedschad selbst an der Geiselnahme beteiligt gewesen sei, fügte der Sprecher hinzu. Bislang hatte die US-Regierung lediglich ihre Besorgnis wegen der angeblichen Entwicklung des künftigen Präsidenten der Islamischen Republik in die Botschaftsbesetzung geäußert, sich mit konkreten Beschuldigungen aber zurückgehalten.

Mehrere Ex-Geiseln hatten kürzlich erklärt, in Ahmadinedschad einen der Anführer der Botschaftsbesetzer erkannt zu haben. Zwei der damaligen iranischen Geiselnahmer wiesen die Vorwürfe gegen den Ultra-Konservativen jedoch ebenso zurück wie Ahmadinedschad selbst. Nach der Islamischen Revolution im Iran hatten Studenten, die sich als „Studenten der Linie Imam Chomeini“ bezeichneten, die US-Botschaft gestürmt und 444 Tage lang 52 US-Amerikaner in ihrer Gewalt gehabt. Der Vorfall führte zum Bruch der diplomatischen Beziehungen beider Länder.

**Gandji befindet sich in Lebensgefahr**

Der seit über fünf Jahren inhaftierte Journalist Akbar Ganji ist einer der wichtigsten Exponenten der iranischen Opposition. Nach einer kurzen Haftentlassung Anfang Juni setzte er seinen zuvor begonnenen Hungerstreik fort. Am 36. Tag seines Streiks wurde er angeblich wegen eines Meniskusrisses in das staatliche Teheraner Milad Krankenhaus eingeliefert. Die Abteilung, in der er liegt, wurde zu militärischer Sperrzone erklärt. Weder seine Angehörigen noch seine Anwälte - darunter die Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi - wurden bisher zu dem Gefangenen vorgelassen. Einzig seine Frau durfte ihn drei Tage nach der Einlieferung einmal kurz besuchen.

Gandji war im Jahr 2000 nach seiner Teilnahme an einer von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz festgenommen und zunächst zu zehn Jahren Haft und fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Später wurde das Urteil auf sechs Jahre Gefängnis herabgesetzt. Der kritische Journalist gehört zu jener Generation, die zu Beginn der Revolution vor sechszwanzig Jahren mit großer Begeisterung dem Ruf Ayatollah Chomeinis zur Gründung eines islamischen Staates folgte. Gandji war sogar eine zeitlang Chomeinis Leibwächter. Doch wie die meisten Intellektuellen hat er nach einigen Jahren dem Gottesstaat enttäuscht den Rücken gekehrt. Nach Abschluss seines Soziologiestudiums betätigte er sich als freier Journalist. Er war auch Herausgeber der Wochenzeitung „Rah-e no“ (Neuer Weg). Das Blatt war ein Forum für die religiösen Aufklärer, das sich insbesondere mit dem Verhältnis von Islam und Moderne beschäftigte. Die Zeitung wurde nach kurzer Zeit verboten. Später schrieb Gandji für verschiedene Zeitung und Zeitschriften.

Berühmt wurde Gandji dadurch, dass er die Rolle der Staatsführung, vor allem die des früheren Staatspräsidenten Hachemi Rafsandschani, bei mehreren Mordanschlägen auf dissidente Schriftsteller und Intellektuelle, insbesondere bei den so genannten Kettenmorden des Jahres 1999, aufdeckte.

Mit seinem Hungerstreik protestiert Gandji gegen die Haftbedingungen, er fordert seine bedingungslose Freilassung. Doch die Justiz, die von außen und innen unter starkem Druck steht -

nicht nur internationale Menschenrechtsorganisationen, auch US-Präsident Bush und das EU-Parlament verlangten Gandjis Freilassung - will ihn nur unter Auflagen entlassen. Gandji soll seine kritischen Äußerungen widerrufen. Sollte er sich weigern, werde er erneut mit einem harten Urteil rechnen müssen, wurde ihm nach eigenen Angaben gedroht. Gandji leidet seit langem unter schwerem Asthma und starken Rückenschmerzen, er müsste dringend außerhalb des Gefängnisses behandelt werden.

Absurd ist, dass sowohl die Justiz als auch der Chef des Milad Krankenhauses behaupten, Gandjis Gesundheit sei völlig normal, einen Hungerstreik habe es nie gegeben. Der Grund für seine Einlieferung sei ein Meniskusriss, der operativ behandelt werden müsse. „Mit Gandjis Gesundheit gibt es keinerlei Probleme, er isst ordentlich und es geht ihm sehr gut“, erklärte der Chef des Krankenhauses Fattahi der Nachrichtenagentur IRNA. Auf die Frage, wie der Meniskusriss verursacht worden sei, sagte Fattahi: „Ich weiß es nicht. Gewöhnlich kommt es beim Sport vor.“ Zu den weit verbreiteten Fotos, auf denen Gandji völlig abgemagert und geschwächt in einer Einzelzelle liegend zu sehen ist, äußerte sich Fattahi nicht.

Auch der oberste Teheraner Staatsanwalt, Said Mortazawi, der als „Zeitungs- und Journalistenkiller“ bekannt und berüchtigt ist, erklärte, der ganze Wirbel, den die Presse im In- und Ausland über den angeblichen Hungerstreik Gandjis veranstalte, sei nichts anderes als eine von außen gesteuerte „psychologische Kriegsführung gegen die Islamische Republik“. „Unseren Bürgern sind diese Methoden bekannt, sie werden solchen Lügen keine Aufmerksamkeit schenken“, sagte Mortazawi. Selbstverständlich werde Gandji nach seiner Behandlung weiterhin im Gefängnis seine Strafe verbüßen.

Gandjis Frau sagte nach ihrem kurzen Besuch im Krankenhaus der Presse, ihr Mann befinde sich nach wie vor im Hungerstreik, es gehe ihm weit schlechter als im Gefängnis, er liege im Koma. Sein Leben sei in höchster Gefahr.

Politische Beobachter befürchten, dass Gandji entweder im Krankenhaus umgebracht oder wie bei anderen Dissidenten zuvor, mit Hilfe von Drogen und Psychopharmaka dazu gebracht wird,



sich selbst zu verleugnen und willenslos Geständnisse abzulegen.

Gandjis Anwalt festgenommen

Der Anwalt von Akbar Gandji, Abdolfatah Soltani, wurde am 31. Juli mit dem Vorwurf, Informationen über einen Fall von Atomspionage im Inland und an das Ausland weitergegeben zu haben, verhaftet. Wie ein Sprecher der Justiz der studentischen Nachrichtenagentur ISNA sagte, sei die Grundlage der Festnahme ein Bericht des Geheimdienst-Ministeriums gewesen. Soltani werde an einem „legalen Ort“ festgehalten. Die Festnahme hatte bereits am Vortag stattgefunden, als der Anwalt gegen die Durchsuchung seines Hauses und einen Haftbefehl gegen ihn protestierte.

Soltani arbeitet mit der Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi zusammen. Das Team von mehreren Anwälten vertritt unter anderem Akbar Gandji und die Familie der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi. Auch der der Atomspionage Verdächtige gehört zu den Mandanten. Teheran hatte im vergangenen Jahr bekannt gegeben, dass ein Duzend Menschen unter dem Verdacht der Atomspionage für die USA und Israel festgenommen worden seien. Zwei von ihnen sollen im August verurteilt werden, sagte der Justizsprecher der Nachrichtenagentur AFP. Ein Verdächtiger sei bereits verurteilt worden. Der Fall liegt vor einem Berufungsgericht.

Soltanis Festnahme weckt die Befürchtung weiterer Einschränkungen für Menschenrechtsanwälte in Iran. Ebadi sagte der AFP, weitere Festnahmen seien wahrscheinlich.

Gandjis zweiter Brief aus dem Gefängnis

Am 14. Juli, dem dreißigsten Tag seines Hungerstreiks, veröffentlichte Akbar Gandji aus dem Gefängnis einen zweiten Brief, in dem er begründet, warum er nicht bereit ist, seinen Streik aufzugeben. Hier die Zusammenfassung des Briefs.

Er habe inzwischen mehr als 22 Kilo seines Gewichts verloren, schreibt Gandji. „Viele Leute im In- und Ausland fragen sich, warum ich ein so selbst zerstörerisches Mittel wie den Hungerstreik einsetze, um meine Ziele

zu erreichen.“ Er lehne jede Form von Gewalt ab, wolle aber der Welt zeigen, wie „Andersdenkende“ in der Islamischen Republik behandelt würden. Im Lauf der vergangenen Jahren seien auf Anweisung des Revolutionsführers Ali Chamenei, der die liberale Presse als „Stützpunkt“ der Feinde des Gottesstaates bezeichnet habe, mehr als hundert Zeitungen verboten und zahlreiche Journalisten ins Gefängnis gesteckt worden. Chamenei habe auch von einem Kulturkampf gegen die Islamische Republik gesprochen und unter diesem Vorwand zahlreiche Intellektuelle und Kulturschaffende „regelrecht abschlachten“ lassen. Auch im Ausland seien Attentate auf Kritiker des Regimes durchgeführt worden. Die Niederschlagung der Studentendemonstrationen, die Verhaftung zahlreicher Internetbetreiber und Weblogger seien weitere Indizien für die eklatanten Verletzungen der Menschenrechte. „In unserer Gesellschaft gibt es nur eine Stimme, die Stimme des Revolutionsführers, die anderen müssen schweigen“, schreibt Gandji. Chamenei besitze eine uneingeschränkte Macht und trage die Verantwortung für alles, was im Iran geschieht, aber er dürfe weder kritisiert noch für seine Entscheidungen juristisch belangt werden. Dies sei ein Hohn auf Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit. Sechzehn Jahre Chamenei-Despotismus seien genug.

Er wolle kein Held sein, schreibt Gandji. „Soll ich mich aber den Forderungen der Justiz beugen und meine Ansichten widerrufen?“ Er habe die Wahl zwischen Selbstverleugnung und Fortsetzung seines Protestes. Er habe sich für den Widerstand entschieden. Er werde sein „Nein“ zu diesem Staat niemals zurücknehmen, werde niemals seinen Kampf für Menschenrechte und Demokratie aufgeben.

„In zwei Tagen, das heißt am 16. Juli, befinde ich mich seit 2000 Tagen im Gefängnis“, fährt Gandji fort. „Das bedeutet, dass ich unter der Herrschaft des Herrn Chamenei bisher 2000 Tage meines Lebens im Gefängnis verbringen musste, weil ich meine freie Meinung geäußert habe. Mir ist bewusst, dass unter einer Despotie 2000 Tage Gefängnis nicht ausreichen, um Tabus aufzudecken und andere Gedanken und Meinungen durchzusetzen. Die Strafe für ‚Meinungsvielfalt‘ ist sehr hart. Aber die Meinungsvielfalt gehört



zu einer demokratischen Gesellschaft. Nur Diktaturen dulden keine Vielfalt.“

Er habe nie Gewalt befürwortet, habe stets friedliche Mittel gewählt, um einen Regimewechsel herbeizuführen. Er habe in seinem „Manifest“ die Durchführung eines Referendums über die Verfassung und Staatsordnung vorgeschlagen. Da es aber klar ist, dass das Regime niemals einem solchen Vorschlag folgen würde, gäbe es nur noch einen Weg, um zum Ziel zu gelangen und dies sei der „zivile Ungehorsam“.

„Meine Lebenskerze erlischt allmählich, aber nicht meine Stimme“, schreibt Gandji zum Schluss. „Diese Stimme ist eine friedliche Stimme, eine Stimme der Duldung der anderen, der Menschenliebe, der Wahrheitsliebe, eine Stimme, die nach Freiheit und Demokratie ruft, die die Kritiker und Gegner achtet, die die Vielfalt des Lebens liebt, die die Trennung der Regierung von der Zivilgesellschaft, des privaten vom öffentlichen Leben, der Religion vom Staat fordert, die die Gleichheit aller Menschen und die Herrschaft der Vernunft verlangt und ein föderales System in einem demokratischen Iran wünscht...“.

Kundgebung für Gandji

Am 19. Juli haben einige Studentenorganisationen, darunter die größte unter ihnen, Tahkim Wahdat, gemeinsam mit Angehörigen von politischen Gefangenen auf einer Kundgebung vor der Teheraner Universität die sofortige Freilassung des Journalisten Akbar Gandji gefordert.

In dem zuvor veröffentlichten Aufruf heißt es: „Seit 32 Tagen befindet sich Gandji im Hungerstreik, Tage, in denen sich der Abstand zwischen Leben und Tod, immer rascher verringert. Wir haben Gandji und seine mutige Arbeit nicht vergessen. Er war es, der die Öffentlichkeit auf die Kettenmorde aufmerksam machte. Er war es, der mit dem erhellenden Strahl seiner Augen und dem aufklärenden Scharfsinn seiner Gedanken die grauen Eminenzen aus dem Dunkel zertrte. Genau dies ist der Grund für seine langjährige Haftstrafe. Er wurde bestraft, weil er Geheimnisse aufdeckte, weil er Tabus offen legte.“

Die Tatsache, dass ein Mensch in den Kerker gesteckt und seiner elementars-

ten Rechte beraubt werde, sei nur mit einer „faschistischen Auslegung des Glaubens und des Gesetzes“ zu begründen, steht weiter in dem Aufruf. Das Urteil gegen Gandji mache deutlich, dass die herrschende Macht nicht einmal bereit sei, die friedlichste Form der Kritik zu dulden. Der Versuch, mit mittelalterlichen und stalinistischen Methoden Gandji zwingen zu wollen, seine Ansichten zu widerrufen, sei vergeblich. Denn solche Methoden hätten längst ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung verloren.

Die Unterzeichner warnen vor den Folgen des Hungerstreiks. Die Katastrophe könnte dem Regime teuer zu stehen kommen.

Die Kundgebung war nicht genehmigt. Polizei und bestellte Schlägertruppen versuchten die Versammlung zu verhindern. Dennoch versammelten sich mehr als zweihundert Protestler vor dem Haupteingang der Teheraner Universität. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die Zahl der festgenommenen Demonstranten ist nicht bekannt. Festgenommen wurde auch, wie die Nachrichtenagentur ILNA berichtet, der frühere Parlamentsabgeordnete Mussavi Choini, einer der bekanntesten Wortführer der Reformfraktion. Er sei geschlagen und abgeführt worden.

In den letzten Tagen haben zahlreiche internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und Reporter ohne Grenzen Gandjis Freilassung gefordert. Auch die US-Regierung meldete sich bereits am 30. Juni zu Wort. „Wir sind um Gandjis Zustand äußerst besorgt“, heißt es in einer Erklärung des US-Außenministeriums. „Gandjis mutige Bemühungen, die Mordanschläge der iranischen Geheimdienste gegen Oppositionelle aufzudecken und sein unermüdlicher Einsatz für freie Meinungsäußerung und Demokratie verdienen die Achtung der ganzen Welt.“

Im Inland haben 380 Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler in einem namentlich unterzeichneten offenen Brief erklärt, sämtliche, Gandji auferlegten Einschränkungen seien „widerrechtlich und ungerecht“. Sowohl die geltenden Gesetze und die Konvention der Menschenrechte als auch die aus dem Glauben abgeleiteten Rechte widersprechen seiner Verurteilung und Inhaftierung.



Justiz gibt Folterungen in den Gefängnissen zu

Mit erstaunlicher Offenheit legte der Chef der Teheraner Justiz, Abbas Ali Alizadeh, am 24. Juli den Bericht einer Untersuchungskommission vor, in dem Folterungen und eklatante Menschenrechtsverletzungen in iranischen Gefängnissen eingestanden werden. Schon Wochen zuvor hatte der oberste Justizchef, Ayatollah Schahrudi, von inakzeptablen Zuständen in den Haftanstalten gesprochen und eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz Alizadehs beauftragt, einen detaillierten Bericht vorzulegen.

Die Liste der Menschenrechtsverletzungen, die in dem Bericht aufgezählt werden, ist lang: Der Gebrauch von Augenbinden und das Schlagen von Gefangenen sei nach wie vor üblich. Häftlinge seien über längere Zeit ohne Prozess und ohne Anwalt festgehalten und unter Folter zu Geständnissen gezwungen worden.

Die Kommission hatte für ihren Bericht mehrere Gefängnisse und Gewahrsameinrichtungen besucht. Ein Polizeikommandeur habe zugegeben, dass „in einigen Fällen“ Gefangene geschlagen worden seien, sagte Alizadeh der Nachrichtenagentur ISNA. Im Redjai-Schahr-Gefängnis, westlich von Teheran, sei man einer 74jährig alten Frau begegnet, die seit vier Monaten festgehalten wurde, weil sie eine Hypothekenzahlung für ihr Haus nicht habe leisten können. Eine andere Frau habe berichtet, sie sei in Haft genommen worden, weil ihr flüchtiger Mann unter dem Verdacht stehe, Heroin geschmuggelt zu haben. Im selben Gefängnis warteten 1400 Gefangene auf ihren Prozess. Eine ganze Reihe von Frauen hätte dort Selbstmord begangen. Die Kommission sei dabei, auch Fälle von Vergewaltigungen junger Mädchen und Frauen in Haftanstalten zu untersuchen. Die Gefängnisleitung habe versucht, die Fälle zu vertuschen. In einem anderen Gefängnis in der Stadt Varamin sei ein dreizehnjähriger Junge sechs Tage lang unter schwersten Haftbedingungen festgehalten worden, weil er ein Huhn gestohlen hatte.

Der Bericht spricht von Gefängnissen, die ohne Wissen und unabhängig von der Justiz den Geheimdiensten, der Polizei, den Streitkräften und paramilitärischer Organisationen unterstehen. Zu

manchen dieser Gefängnisse sei der Kommission der Zutritt verweigert worden. In einer Haftanstalt, die den Revolutionswächtern untersteht, wurde den Mitgliedern der Kommission gesagt, selbst weit höher gestellten Leuten als dem Teheraner Justizchef würde man den Zutritt zu dem Gefängnis nicht erlauben.

Diesem Zustand müsse ein Ende gesetzt werden, sagte Alizadeh. Die Gefängnisse müssten endlich zusammengelegt werden. Die iranische Verfassung verbiete jede Art von Folter. Niemand dürfe mit Gewalt zu Geständnissen gezwungen werden. Die Kommission werde ungeachtet bestehender Drohungen „mutig“ ihre Arbeit fortsetzen. Es dürfe nicht vorkommen, dass, wie geschehen, ein Unteroffizier am Flughafen ohne Vorwand vier junge Männer festnimmt und sie danach wegen Fotos in einem Familienalbum ins Gefängnis steckt.

Chatamis Zukunftspläne

Irans scheidender Staatspräsident, Mohammad Chatami, plant offenbar, nach seiner Amtsniederlegung am 4. August, den von ihm vor einigen Jahren initiierten „Dialog der Kulturen“ intensiver als zuvor fortzusetzen. Sollte er sich tatsächlich dieser Aufgabe vollwidmen wollen, wird er höchstwahrscheinlich auch seine Nebenämter niederlegen. Zurzeit ist er Mitglied des Schlichtungsrats und des Obersten Revolutionsrats. Er selbst hat in letzter Zeit immer wieder betont, dass er sich von der Politik trennen und zum Bereich der Kultur zurückkehren werde. Diese Trennung hatte er schon einmal vor Jahren vollzogen. Nach seinem Rücktritt als Kultusminister hatte er die Leitung der Staatsbibliothek übernommen.

Nun will er die Leitung des „Instituts für den Dialog der Kulturen und Zivillisationen“ übernehmen. Das Institut wurde im Herbst vergangenen Jahres auf den persönlichen Antrag Chatamis offiziell eingetragen und im Amtsblatt angekündigt. Dabei taucht, wie die Tageszeitung „Schargh“ berichtet, nur der Name Chatamis auf. Es werden ihn aber, wie die Zeitung vermutet, seine engsten Mitarbeiter, wie sein gegenwärtiger Vize Mohammad Ali Abtahi, f diesem Weg begleiten. Das bekannt gegebene Kapital des Instituts besteht aus „einem Koran, zahlreichen Büchern über Religion, Geschichte, Literatur

und Philosophie und umgerechnet 500 Euro. Neben dem Sitz in Teheran soll eine Zweigstelle des Instituts in einer europäischen Stadt gegründet werden. Im Gespräch sind Wien, Zürich oder Genf.

Neben dem Institut hat Chatami die Herausgabe einer Monatsschrift mit dem Titel: „Glaube und Dialog“ beantragt und die Lizenz dafür bereits erhalten.

Chatami: Nachfolger sollte Demokratie nicht ignorieren

Präsident Chatami hat an seinen Nachfolger Mahmud Ahmadinedschad appelliert, demokratische Bestrebungen im Land nicht zu ignorieren. Die Regierung müsse ihre Kritiker dulden, sagte Chatami laut Medienberichten auf einer Abschiedsveranstaltung für in- und ausländischen Medienvertreter.

Chatami hat vermutlich mit dieser Empfehlung gegen Äußerungen Ahmadinedschads Stellung genommen, der sich während des Wahlkampfs auf die wirtschaftliche Frage konzentriert hatte. „Die wirtschaftliche Seite ist wichtig, sie wurde vielleicht von uns etwas vernachlässigt. Aber dies ist nicht das Hauptanliegen der Bürger“, sagte Chatami weiter. Zu den Wahlkampfversprechen seines Nachfolgers, Irans Gewinne aus dem Ölgeschäft gerechter unter dem Volk zu verteilen, sagte der scheidende Präsident, dies könne zu neuen wirtschaftlichen Problemen führen.

II. Wirtschaft

Über sieben Millionen Internet-Nutzer

Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur „Fars“ wird das Internet in Iran von mehr als sieben Millionen Nutzern aktiv in Anspruch genommen. Dies teilte der Sprecher des Instituts für Kultur, Kunst und Kommunikation, Mohammad Reza Fazeli, der Agentur mit. „Dies ist doppelt so hoch wie die Gesamtauflage aller Zeitungen und Bücher des Landes“, sagte Fazeli und fügte hinzu, daraus werde ersichtlich, wie zunehmend wichtig die Rolle des Internets werde. Eine Forschergruppe sei gerade dabei die sozialen und kulturellen Konsequenzen des Internets zu untersuchen.

Die meisten Nutzer seien auf der Suche nach Kontakten. In diesem Bereich befinden sich mehr Frauen als Männer. 64 Prozent der Nutzer seien ledig, die meisten von ihnen im Alter zwischen 19 und 25 Jahren. Neben der Kontaktaufnahme werde das Internet benutzt, um Informationen zu erhalten und Handel zu treiben. Es gäbe inzwischen auch zahlreiche Studenten, die über das Internet ein Studium absolvieren. Viele Nutzer hätten nur Spaß am Spielen und Musik. Das Schöne am Internet sei, dass man nicht nur als Konsument, sondern auch als Produzent aktiv werden kann.

Iran baut Straßen und Tunnel in Tadschikistan

Iran werde nach Beendigung eines Tunnels im Norden Tadschikistans weitere Projekte zum Bau von Straßen und Eisenbahnschienen in Angriff nehmen. Dies teilte Irans Handelsminister, Mohammad Schariatmadari, nach einem Treffen mit Imamali Rakhmanov, dem Staatspräsidenten der Republik Tadschikistan, am 14. Juli in Duschanbe mit. Iran sei an einer Intensivierung der Zusammenarbeit beider Staaten stark interessiert, sagt Schariatmadari. Zweck seiner Reise war die Teilnahme an einer Tagung der iranisch-tadschikischen Wirtschaftskommission in der Hauptstadt des Landes.

Der wichtigste Bereich, auf dem Tadschikistan und Iran zusammenarbeiten, sei der Bau von Transitwegen zwischen beiden Ländern sowie zwischen diesen und Drittländern, sagte Schariatmadari der Presse. Da Iran und Tadschikistan



keine direkten Nachbarländer seien, wäre es zu begrüßen, wenn dazwischen liegende Länder wie Turkmenistan und Usbekistan mitarbeiten würden. „Wichtig für uns ist der Transport auf dem Land- und Luftweg sowie auf der Schiene. Transitwege gewinnen zunehmend an Bedeutung, sei es in Bezug auf den Personen- und Warentransport oder auf den Transport unterschiedlicher Energieträger. Daher legen wir auf die Zusammenarbeit mit den Ländern der Region einen besonders hohen Wert.“

Zurzeit seien Iran und Tadschikistan bemüht, den Bau des Tunnels im Norden Tadschikistans so rasch wie möglich fertig zu stellen, sagte Schariatmadari. Man hoffe, den Tunnel bis März 2006 für den Transport freigegeben zu können.

Zu den Projekten, die Iran und Tadschikistan planen, gehört auch der Bau eines Wasserkraftwerks im Süden Tadschikistans. Für die Durchführung dieses Projekts ist ein Kapital in Höhe von 180 Millionen Dollar vorgesehen.

Indien will „auf jeden Fall“ Gas aus Iran importieren

Die indische Regierung hat bekannt gegeben, dass sie trotz ihrer Übereinkunft mit den USA über das indische Atomprogramm die Verhandlungen mit Iran über den Bau einer Gaspipeline und über Gasimport aus Iran fortsetzen möchte, erklärte Indiens Energieminister Shankar Aiyar in Neu Delhi.

Mitte Juli konnte Indiens Premierminister Monmohan Singh bei einem Besuch in Washington die US-Regierung dazu überreden, das Verbot, Atomtechnologie an Indien zu vermitteln, aufzuheben. Diese neue Vereinbarung könne sein Land nicht daran hindern, das mit Iran vereinbarte Pipelineprojekt und die Gaslieferung fortzusetzen.

Indien wurde aufgrund von Atomtests in den Jahren 1974 und 1998 seitens der USA an der Einfuhr von Atomreaktoren und nuklearem Brennstoff gehindert. Dieselben Boykottmaßnahmen hat Washington gegen Iran verhängt und darüber hinaus alle Länder, unter anderem Indien, unter Druck gesetzt, um große Geschäfte mit Iran zu verhindern.

Nach dem Besuch des Premierministers Singh in Washington wurden Gerüchte

laut, die besagten, Washington habe seine Zustimmung zu atomarer Zusammenarbeit mit Indien von der Kündigung der Vereinbarungen zwischen Neu Delhi und Teheran abhängig gemacht.

Indes hatten zehn Tage vor dem indischen Staatsbesuch in den USA einige Senatsabgeordnete der Bush-Regierung empfohlen, das Pipeline-Projekt zwischen Iran und Indien zu unterstützen. Damit sollte Washington signalisieren, dass die USA eine Annäherung zwischen Indien und Pakistan begrüßen und auch dazu bereit wären, ihrerseits den Weg dafür frei zu machen. In der Tat ist der Bau der Pipeline ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der Annäherung zwischen Indien und Pakistan. Denn die Pipeline soll durch Pakistan laufen. Die Beteiligung Pakistans an dem Projekt würde bedeuten, dass man auf friedliche Zeiten zugeht und zur Lösung der seit Jahren bestehenden Konflikte bereit ist und alles daran setzt, um sich gegenseitig alle möglichen Sicherheiten zu gewähren.

Energieminister Aiyar wies die Gerüchte über den Druck aus Washington zurück und sagte, Indien werde den Bau der 2600 Kilometer langen Gaspipeline fortsetzen. „Trotz bestehender Probleme sind wir entschlossen, unsere Arbeit fortzusetzen und wir werden mit Gottes Hilfe zum Ziel kommen“, sagte der Minister. Die Finanzierung des Projekts sei schwierig, doch Indien könne auf den Gasimport aus Iran nicht verzichten.

Indien deckt siebzig Prozent seines Bedarfs an Erdöl aus dem Ausland und ist in der Lage nun die Hälfte seines Gasbedarfs im Inland zu produzieren. In einem Interview mit der Washington Post sagte Ministerpräsident Singh, seine Regierung sei realistisch genug, um die Probleme des Pipelinebaus im Hinblick auf das iranische Atomprogramm richtig einzuschätzen. Aber ebenso realistisch sei die Feststellung, dass Indien auf das iranische Gas angewiesen sei.

Indien hatte bezüglich der Finanzierung und Kontrolle drei verschiedene Vorschläge erwogen. Es gäbe die Möglichkeit, dass iranische Gesellschafter als Besitzer der Pipeline auftreten und das Gas an der pakistanisch-indischen Grenze an Indien liefern. Man könnte auch ein Konsortium aus iranischen, indischen, pakistanischen Unternehmen bilden, das als Inhaber



der Pipeline auftritt. Eine dritte Möglichkeit wäre, dass Indien und Pakistan das Gas an der Grenze zwischen Iran und Pakistan von Iran abkaufen.

Nach den Vorstellungen Indiens soll die Pipeline täglich sechzig Millionen Kubikmeter Gas transportieren. Innerhalb von drei Jahren soll die Menge verdoppelt werden. Pakistan möchte täglich zehn Millionen Kubikmeter Gas aus Iran einführen und die Menge innerhalb der nächsten zehn Jahre auf 60 Millionen Kubikmeter steigern.

Die Verhandlungen über das Pipelineprojekt wurden 1994 aufgenommen. Aufgrund der Konflikte zwischen Indien und Pakistan haben sie sich jedoch in die Länge gezogen. Erst seit 2004 haben die beiden Staaten, die auf den Energieimport angewiesen sind, eine neue, friedliche Phase ihrer Beziehungen begonnen. Beide Länder hoffen, dass der Frieden nun von Dauer sein wird.

Iran entwickelt Technik für Feststoffraketen

Iran hat eine eigene Technik für Feststoffraketen entwickelt. Dies sagte Verteidigungsminister Ali Schamchani der Nachrichtenagentur Associated Press. „Das ist ein wichtiger Durchbruch“, sagte der Minister. Feststofftriebwerke vergrößern deutlich die Zielgenauigkeit von Raketen und ihre Haltbarkeit. Es gibt zwar schon einige iranische Raketen mit Feststoffantrieb, aber bisher war unklar ob dieser Treibstoff in Iran entwickelt oder importiert wurde.

Schon im vergangenen Monat wurde der Test einer Rakete vom Typ Schahab-3 mit einem Feststofftriebwerk bekannt gegeben. Die Rakete hat eine Reichweite von 1.300 bis 1.930 Kilometern, womit auch Israel und US-Truppen im Nahen Osten in ihrer Reichweite liegen. Sie könnte auch Atomsprengköpfe tragen.

III. Außenpolitik

Irans Ultimatum an die EU

Die iranische Regierung hat am 1. August offiziell die Internationale Atombehörde (IAEA) in Wien über die Wiederaufnahme ihrer Atomaktivitäten in der Anlage von Isfahan informiert. Dies teilte der Vertreter der iranischen Regierung bei der IAEA, Mohammad Mehdi Achundzadeh, der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA mit. Ohne auf den konkreten Inhalt des Schreibens einzugehen, sagte Achundzadeh, die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien hätten sich an die getroffenen Vereinbarungen nicht gehalten. Daher sehe sich sein Land gezwungen, ab 1. August die seit mehr als einem Jahr stillgelegten Aktivitäten der Atomanlage in Isfahan teilweise wieder aufzunehmen.

Bereits zwei Tage davor hatte der Sprecher des Obersten Sicherheitsrats, Ali Aqamohammadi, der Presse die ultimative Aufforderung Irans an das EU-Trio mitgeteilt. Sollten die Europäer bis spätestens Montag (1. August) ihre angekündigten Vorschläge zur Lösung des iranischen Atomkonflikts nicht vorgelegt haben, werde Iran seine Atomaktivitäten wieder aufnehmen. Dies werde unter Aufsicht der Atombehörde geschehen, fügte er hinzu.

„Wir haben den Europäern beim Treffen am 20. Juli in London erklärt, dass der 1. August für uns der letzte Termin ist. Deshalb ist Montag der letzte Tag“, sagte der iranische Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi.

In der Atomanlage von Isfahan kann der Rohstoff Uran in das gasförmige Uranhexafluorid verwandelt werden, ein Ausgangsstoff für angereichertes Uran. „Die Anlage von Isfahan dient nicht der Urananreicherung, wir bleiben der Aussetzung (der Urananreicherung) verpflichtet und werden die Aktivitäten in Natanz vorläufig nicht wieder aufnehmen“ betonte Assefi. Die zentraliranische Atomfabrik in Natanz gilt als Ort der eigentlichen Urananreicherung.

Das britische Außenministerium warnte Iran am Sonntag vor einseitigen Schritten. Die drei EU-Staaten hätten dem iranischen Chefunterhändler geschrieben, dass sie bis zum 7. August ihre detaillierten Vorschläge vorlegen würden. Demgegenüber erklärte Iran,



alle an den Verhandlungen beteiligten Parteien hätten sich auf den 1. August als letzte Frist für die Vorschläge geeinigt. Zwar habe das EU-Trio um einen Aufschub bis zum 7. August gebeten, diese Bitte sei jedoch von der Islamischen Republik abgelehnt worden. Die EU will Iran ein umfassendes Angebot in der politischen Zusammenarbeit, Sicherheit, Wirtschaft und Atomtechnik vorlegen. Dafür solle Iran dauerhaft auf die Urananreicherung verzichten.

Offenbar möchten die EU-Staaten erst nach der Amtseinführung des neu gewählten iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad am 4. August ihre Vorschläge vorlegen. Es wird allgemein befürchtet, dass der Regierungswechsel im Iran zur Verhärtung der iranischen Position führen wird.

Iran hat bisher immer wieder versichert, dass sein Atomprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dienen wird. Gleichzeitig beharrt das Land auf seinem Recht, eine eigene Atomtechnologie zu entwickeln. Dieses Recht wird jedem Mitglied des Atomsperrvertrags zugestanden. Die Atombehörde ist sogar laut Vertrag dazu verpflichtet, den Mitgliedsstaaten bei dem Ausbau und der Vermittlung der Atomtechnologie behilflich zu sein. Sämtliche führende Politiker Irans haben unmissverständlich erklärt, dass sie auf dieses Recht unter keinen Umständen verzichten werden.

Schon Mitte Juli drohte der iranischen Außenminister Kamal Kharrasi den EU-Verhandlungspartnern mit neuen Schritten, sollten die Europäer weiter gegen eine Wiederaufnahme der Urananreicherung sein. Zuvor hatte bereits ein Sprecher des nationalen Sicherheitsrats, Ali Agha Mohammadi, Irans umstrittenes Programm zur Urananreicherung für nicht verhandelbar erklärt. „Auch wenn uns der Westen alle möglichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Anreize gäbe, würde Iran sein Uranprogramm nicht aufgeben“, sagte er der studentischen Nachrichtenagentur ISNA. „Die Beibehaltung unserer Atombrennstoff-Technologie ist nicht verhandelbar. Davon abhängig ist auch, ob die Gespräche überhaupt fortgesetzt werden.“ Kompromisse in dieser Frage schloss Agha Mohammadi aus.

Die USA und Israel sind davon überzeugt, dass Iran schon seit Jahren am Bau der Atombombe arbeitet und kurz vor dem Ziel steht. Sie fordern, Iran

durch Sanktionen zur Aufgabe seines Programms zu zwingen. Der Versuch der EU-Staaten, Iran durch Anreize zum Verzicht auf eine Uran-Anreicherung zu bewegen, scheint zu scheitern. Bundesaußenminister Fischer warnte Teheran vor „Fehleinschätzungen“. Auch Frankreichs Präsident Jacques Chirac erklärte in einem Gespräch mit Israels Regierungschef Ariel Scharon, sollte Iran nicht einlenken, müsse der Konflikt im UN-Sicherheitsrat behandelt werden.

Aus dem Iran weht jetzt ein anderer Wind. Mit der Wahl des Erzkonservativen Mahmud Ahmadinedschad zum Staatspräsidenten sind die Reformer um Präsident Chatami, aber auch die moderaten Konservativen aus dem Spiel. Damit steht fest, dass die Erfolgsaussichten bei den ohnehin schwierigen Verhandlungen der EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien mit dem Iran über das iranische Atomprogramm noch geringer geworden sind. Iran beharrt auf sein Recht, die Atomtechnologie weiter zu entwickeln, ein Recht, das juristisch betrachtet außerhalb jeden Zweifels steht. Zudem ist das Bestreben nach Weiterentwicklung dieser Technologie inzwischen zum Nationalprestige geworden. Kein Politiker im Iran würde es heute wagen, einem Verzicht auf die Atomtechnologie, zu der auch die Urananreicherung gehört, zuzustimmen. Aber genau das fordern die EU-Staaten, eine Forderung, mit der sie sich selbst in eine äußerst schwierige, ja fast aussichtslose Position manövriert haben. Sie können dem Druck aus Teheran nicht nachgeben, weil sie damit zu den USA und Israel in Konflikt geraten würden. Beharren sie auf ihrem Standpunkt, würden die Verhandlungen höchstwahrscheinlich scheitern. Dann bliebe der EU kein anderer Ausweg als dem harten Kurs Washingtons zu folgen und Sanktionen und in letzter Konsequenz einer militärischen Intervention gegen Iran zuzustimmen.

Das EU-Trio will nun Iran neue Anreize anbieten. Doch es ist kaum vorstellbar, dass sich die Radikalisirten auf einen Deal einlassen, der von ihnen einen dauerhaften Verzicht auf die Urananreicherung verlangt.

Die Europäer haben, in dem sie von vornherein die Latte zu hoch gehängt haben, die Chance zu einer Friedenspolitik, die eine Alternative zum harten und kriegerischen Kurs Washingtons

bieten könnte, verpasst. Hätte die EU stattdessen auf einer zusätzlichen Verschärfung der Kontrollen bestanden und die Forderung der Reformer im Iran, die gesamte Region zu einer atomfreien Zone zu erklären, unterstützt, hätte sie damit nicht nur die Gefahr einer Atommacht Iran eher vermindern können, sondern auch die noch größere Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit der Islamischen Republik. Sollte sich das Irak-Szenario nun mit Iran wiederholen, dann wären dieses Mal höchstwahrscheinlich auch die Neinsager von damals mit an Bord.

Iraks Ministerpräsident zum Staatsbesuch in Teheran

Der offizielle dreitägige Staatsbesuch des irakischen Ministerpräsidenten Ibrahim al Dschafari in Iran vom 16. bis 18. Juli, wurde von beiden Nachbarstaaten als „historisch“ eingestuft. Die Bedeutung, die Bagdad diesem Besuch beimisst, wurde dadurch bekundet, dass der Regierungschef in Begleitung einer hochrangigen Delegation, darunter zehn seiner Kabinettsmitglieder, in Teheran eintraf. Es war der erste Besuch eines irakischen Regierungschefs seit 1958. Die vergangenen Jahrzehnte waren von ständigen Konflikten zwischen den beiden Staaten gekennzeichnet. Diese gipfelten in dem Krieg von 1980 bis 1988, dem insgesamt mehr als eine Million Menschen zum Opfer fielen.

Dschafari rief bei seiner Ankunft zur Überwindung vergangener Konflikte auf. Die Außenpolitik beider Staaten sei untrennbar, und beide Staaten hätten gemeinsame Sicherheitsinteressen, sagte er nach einem Treffen mit dem iranischen Vizepräsidenten Mohammad Reza Aref.

„Wir können die Kälte der früheren Beziehungen überwinden und zu einem Vorbild für die Region werden“, erwiderte Aref. Gute Beziehungen zwischen Iran und Irak würden beiden Seiten sowie der Region und der gesamten islamischen Welt nützen. Sein Land sei bereit, sowohl politisch und wirtschaftlich als auch im Bereich der Sicherheit mit Bagdad zusammen zu arbeiten. „Das ist ein neues Kapitel im Verhältnis zum Irak“, erklärte Aref.

Bereits zwei Wochen vor Djafaris Besuch hielt sich Iraks Verteidigungsminister Saadun Al-Dulaimi zu einem

Treffen mit seinem iranischen Amtskollegen Ali Schamchani in Teheran auf. Bei diesem Treffen wurde ein Abkommen über eine militärische Kooperation unterzeichnet. Beide Minister betonten, sie würden sich dabei nicht von eventuellen Einwänden der USA beeindrucken lassen. Die USA werfen Iran vor, seit dem Sturz Saddam Husseins bewusst für Instabilität im Irak zu sorgen. „Niemand kann dem Irak seine Beziehungen zu anderen Staaten diktieren“, sagte Al-Dulaimi. Gleichzeitig wies er die Forderung Irans nach Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak zurück. Sollten die internationalen Truppen den Golfstaat jetzt verlassen, werde dies die Aufständischen nur stärken und das Land in eine Krise stürzen, sagte er.

Iran soll dem Abkommen zufolge die Ausbildung der neuen irakischen Armee unterstützen. Zudem geht es um die Beseitigung von Landminen und die Suche nach Kriegsvermissten aus den achtziger Jahren. „Wir sind hergekommen, um die schmerzvollen Kapitel unserer zurückliegenden Beziehungen zu schließen“, betonte Al-Dulaimi. Bezogen auf den achtjährigen Iran-Irak-Krieg sagte er: „ich will hier um Verzeihung bitten für das, was Saddam Hussein getan hat. Wir müssen das gleiche mit Kuwait machen und mit allen Opfern von Saddam Hussein.“

Bei dem Besuch Djafaris standen Fragen der Sicherheit und der Wirtschaft im Mittelpunkt. Vereinbarung wurde eine weitgehende Sicherheitskoordination. Ein systematischer Austausch von Geheimdienstinformationen und eine gemeinsame Kontrolle der Grenzen sollen effektiver als bisher zur Zerschlagung terroristischer Netzwerke dienen und verhindern, dass der Islam zur Rechtfertigung von Gewalt missbraucht werde. „Wir müssen der Welt zeigen, dass der Islam immer die Religion von Frieden und Menschlichkeit gewesen ist“, sagte Dschafari, der wie die Mehrheit der Iraker dem schiitischen Glauben angehört. Auch Irans Staatspräsident Mohammad Chatami verurteilte den Terrorismus unter dem Vorwand des Islam und forderte Dialog statt Gewalt. Gleichzeitig betonte er, es sei die Pflicht der Nachbarn des Iraks, dem Land beim Wiederaufbau zu helfen. „Nur die Feinde des Irak ziehen Chaos in dem Land vor“, sagte Chatami.

Zu den vereinbarten Aufbauprojekten gehört u.a. der Bau einer Zwillings-



Pipeline von der irakischen Ostgrenze zur iranischen Raffinerie in Abadan. Der Irak will bis zu 150.000 Barrel Rohöl pro Tag nach Abadan liefern und im Gegenzug Benzin und andere Raffinerie-Produkte erhalten. Die Rohrleitung soll spätestens innerhalb der nächsten sechs Monaten fertig gestellt werden.

Geplant ist ferner ein Joint Venture mit dem Autohersteller Iran Khodro für eine Autofabrik im Irak. Weiterhin soll Iran Strom für Gebiete im Süden des Irak liefern. Auch direkte Flugverbindungen zwischen Teheran und Bagdad sollen wieder aufgenommen werden. Beide Staaten haben beschlossen ihre Handelsbeziehungen auszuweiten. Iran stellte in Aussicht, iranischen Unternehmen im Irak eine Milliarde Dollar Kredit zur Verfügung zu stellen. Schließlich soll der Tourismus zwischen den beiden Ländern, vor allem die Reise von jährlich hunderttausenden iranischen Pilgern in die heiligen Städte Nadjaf und Kerbela besser organisiert und ausgebaut werden.

Politische Beobachter in Teheran und Bagdad betrachten die Vereinbarungen lediglich als ersten Versuch einer tatsächlichen Annäherung der beiden Staaten, zumal sie von Regierungen getroffen wurden, die nicht mehr allzu lang im Amt sein werden. Die Regierung im Irak ist eine Übergangsregierung und die in Teheran tritt schon am 4. August ab. Es ist fraglich, ob die Nachfolgeregierungen diesen Kurs fortsetzen und ob die USA sowie die arabischen Staaten eine weitere Annäherung der Schiiten im Irak und Iran dulden werden.

Daher sollte die Euphorie, die der Staatsbesuch des irakischen Ministerpräsidenten Ibrahim al Dschafari in Teheran und Bagdad auslöste, vielleicht ein wenig gedämpft werden. Hinter den Staaten liegen Jahrzehnte lange Spannungen und ein achtjähriger Krieg, der über eine Million Opfer brachte. Es gibt sowohl im Irak als auch im Iran kaum eine Familie, die nicht den Verlust von Angehörigen zu beklagen hätte. Zwar gibt es zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern ein Waffenstillstandsabkommen, das 1988 für Waffenruhe sorgte, doch zu einem Friedensvertrag ist es bis heute nicht gekommen. Für ein friedliches Nebeneinander der beiden Völker fehlen aber nicht nur juristische, sondern auch politische und nicht zuletzt psychologische Voraussetzungen.

Zwar hat der Krieg der Alliierten im Irak ungewollt von den Besatzern die Schiiten, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, an die Macht gebracht, und es trifft auch zu, dass heute im Irak die politische Führung zum größten Teil in der Hand jener Schiiten liegt, die Jahrzehnte lang von Iran aus gegen das Regime von Saddam Hussein gekämpft haben. Ayatollah Sistani, der zurzeit mächtigste Mann im Irak, ist im Iran geboren, Ministerpräsident Dschafari hielt sich zehn Jahre lang im Iran auf und Staatspräsident Talebani erhielt in den letzten zwei Jahrzehnten für den kurdischen Widerstand massive Unterstützung aus der Islamischen Republik Iran. Doch all dies bedeutet keineswegs, dass die Schiiten im Irak den Gottesstaat in ihrer Nachbarschaft als Vorbild betrachten und denselben Weg einschlagen wollen oder können. Dagegen würden sich nicht nur die Sunniten verwahren, sondern auch die gesamten arabischen Staaten, für die eine enge Zusammenarbeit zwischen dem ersten von Schiiten regierten Land in der arabischen Welt mit dem ebenfalls schiitischen Iran eine große Gefahr bedeuten würde. Schließlich sind da noch die USA, die Iran als „Schurkenstaat“ und „Achse des Bösen“ betrachten und daher alles daran setzen werden, um einen größeren Einfluss Irans im Irak zu unterbinden.

Iran ist zurzeit an Unruhen im Irak nicht interessiert. Aber sollte das Nachbarland Wege beschreiten, die den Interessen der Islamischen Republik entgegengesetzt sind, werden die Konflikte von neuem entflammen.

Iran kritisiert Otto Schily, Schily weist die Kritik scharf zurück

Die Regierung in Teheran hat die Äußerungen des Bundesinnenministers Otto Schily über den designierten iranischen Staatspräsidenten Ahmadi Nedschad kritisiert. Schily hatte sich in einem Interview des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zu den Präsidentschaftswahlen geäußert und gesagt: „Wenn wir jetzt hören, dass Iran und Irak enger kooperieren wollen und in Teheran gleichzeitig ein Fundamentalist an die Macht kommt, bei dem nicht sicher ist, dass er absolute Distanz zum Terrorismus hält, sind das alles sehr besorgniserregende Perspektiven.“



Wie die in Teheran erscheinende Tageszeitung „Djomhuri Eslami“ berichtet, entgegnete der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamid-Resa Assefi, den Äußerungen Schilys, die „Unterstellungen“ des Ministers gegenüber dem neuen Präsidenten seien „grundlos und lächerlich“. Darüber hinaus seien sie eine Beleidigung des iranischen Volkes, dessen absolute Mehrheit bei der Wahl am 24. Juni für Ahmadinedschad gestimmt habe. Assefi „empfahl“ Schily nach Angaben der Zeitung, „sich durchdachtet zu äußern, vom Einfluss zionistischer Kreise loszureißen und die demokratischen Grundsätze zu respektieren“. Er kündigte an, Teheran werde eine Erklärung der Regierung in Berlin dazu fordern.

Das Bundesinnenministerium wies die Kritik aus Teheran mit scharfen Worten zurück. Schilys Sprecher Rainer Lillenthal bezeichnete die Stellungnahme Teherans als „unglaubliche Unverschämtheit.“ „Eine solche Stimme aus einem Land, in dem die Menschenrechte ständig verletzt werden, in dem Frauen nach dubiosen Urteilen ausgepeitscht werden, in dem Regimekritiker ohne Möglichkeit auf juristischen Beistand ... monatelang in Einzelhaft genommen werden, ist wirklich an Unverfrorenheit nicht zu überbieten.“ Wenn irgendwo die demokratischen Grundsätze respektiert werden sollen, wie es der iranische Außenamtssprecher meine reklamieren zu müssen, „dann möge er sich bitte an sein eigenes Land wenden.“

„Sie (die Vertreter des Innenministeriums in Berlin) sollten sich bei der Wahl ihrer Worte zivilisierter verhalten“ erwiderte Assefi. Er forderte das Bundesinnenministerium erneut auf, demokratische Kriterien zu respektieren, „Selbstbeherrschung zu üben“ und „die international anerkannte Sprache der Diplomatie zu benutzen. Assefi, der als künftiger Botschafter Irans in Berlin gehandelt wird, meinte weiter: „Es ist schlecht für einen Politiker, wütend zu werden.“

Indes versuchte Außenminister Fischer die entstandenen „Irritationen“ auszuräumen. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete, das Auswärtige Amt habe mit einer vertraulichen Note an die iranische Botschaft in Berlin auf die Auseinandersetzung reagiert. Das Ministerium betone darin, dass sich nach den Angriffen des Sprechers von Innenminister Otto Schily an der

deutschen Position gegenüber Iran nichts geändert habe. Es werde das Ziel bekräftigt, die Beziehungen auszubauen, aber auch Fortschritte bei den Menschenrechten würden angemahnt. Das Auswärtige Amt wollte Berichte nicht bestätigen, wonach sich das Ministerium mit der Note von Schily distanzieren. Inhalt der Note sei lediglich eine Darstellung des Stands der Beziehungen beider Länder gewesen.

Ahmadinedschad schreibt an Köhler

Der designierte iranische Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hat in einem Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler versichert, dass Iran gegen jegliche Art von Massenvernichtungswaffen sei. „Der Kampf gegen den wahren Terrorismus und der Wunsch nach dem Abbau von Massenvernichtungswaffen hat in Iran höchste Priorität“, schrieb Ahmadinedschad in dem Brief, der von der Nachrichtenagentur ISNA veröffentlicht wurde. Der neu gewählte Präsident reagierte damit auf ein Gratulationsschreiben Köhlers nach der Wahl. Der Deutschen Presseagentur hatte Ahmadinedschad nach seinem Wahlsieg erklärt, die Beziehungen zu Deutschland sollten nicht von der Atomfrage abhängig gemacht werden.

Iran geht verstärkt gegen El Kaida vor

Iranische Sicherheitsbehörden haben nach eigenen Angaben im Osten des Landes ein Netz von El-Kaida-Gruppen aufgedeckt. Die vor einigen Tagen aufgespürten Gruppen hätten Anschläge vorbereitet, sagte Geheimdienstminister Ali Yunessi nach Angaben der studentischen Nachrichtenagentur ISNA am 16. Juli. El Kaida habe „vor allem im Osten des Landes verschiedene Gruppen gebildet, um „terroristische Aktionen“ zu organisieren, sagte Yunessi: Die Terrororganisationen haben sich dabei auf „Theologiestudenten und gläubige Sunniten“ gestützt. Das Netzwerk sei in der vergangenen Woche „identifiziert“ worden. Der Minister machte keine Angaben dazu, ob die geplanten Anschläge Iran oder andere Länder treffen sollten.

Der vorwiegend schiitische Iran grenzt im Osten an die sunnitisch dominierten Länder Afghanistan und Pakistan. Laut Yunessi handelt es sich bei dem aufgespürten Netzwerk um die „fünfte Welle“ von El-Kaida-Aktivitäten in der Isla-

mischen Republik seit dem Sturz der radikalislamischen Taliban in Afghanistan im Jahr 2001. Seitdem seien etwa tausend El-Kaida-Mitglieder „identifiziert, festgenommen, vertrieben, ausgewiesen oder verurteilt“ worden. 200 El-Kaida-Mitglieder seien immer noch inhaftiert.

Die Behörden in Teheran reagierten mit der Erklärung möglicherweise auf Anschuldigungen Washingtons, dass führende El-Kaida-Mitglieder in Iran Unterschlupf gefunden hätten. Die Regierung bestreitet dies vehement. Sie wies im Juni auch Berichte zurück, wonach sich der im Irak aktive jordanische Extremist Abu Mussab al Sarkawi nach einer Verletzung in den Iran geflüchtet habe.

Iran wirft USA und Israel vor, Atomexperten auszuspionieren

Die iranische Regierung hat Medienberichten zufolge dem israelischen und dem US-Geheimdienst vorgeworfen, Atomwissenschaftler des Landes auszuhorchen.

„Amerika und Israel versuchen, an unsere Wissenschaftler heranzukommen, indem sie emotionale Bindungen aufbauen und dann bringen sie sie in Situationen, in denen sie gezwungen sind, Informationen herauszugeben“, sagte Geheimdienstminister Ali Yunessi in einem Interview der Tageszeitung Schargh am 17. Juli. Er rief iranische Wissenschaftler dazu auf, bei Auslandsbesuchen besonders misstrauisch und aufmerksam zu sein.

Wenige Tage zuvor hatte ein iranischer Überläufer berichtet, Iran stehe kurz vor der Entwicklung einer Atombombe.

Chatami: USA-Dialog in weiter Ferne

Die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Iran und den USA ist nach Einschätzung des scheidenden iranischen Staatspräsidenten Mohammad Chatami weiter entfernt als vor einigen Jahren. Washington müsse den ersten Schritt machen, sagte Chatami am 14. Juli dem Satelliten-Fernsehsender El Arabia. Doch die Aussicht darauf sei angesichts der in den USA regierenden Neo-Konservativen leider schlecht. Deren maßlose Äußerungen hätten die Lage „vollkommen verschlechtert“. Während Chatamis Präsidentschaft hatte US-

Präsident Bush Iran zusammen mit anderen „Schurkenstaaten“ auf der „Achse des Bösen“ angeordnet und der Entwicklung von Atomwaffen bezichtigt.

Der als gemäßigt geltende Chatami rechnet in den Interview nicht mit einer Änderung von Teherans Politik gegenüber den USA unter seinem Nachfolger, dem als Hardliner bekannten Ahmadinedschad. Über eine Änderung werde die iranische Führung „nachdenken“, wenn es einen „konkreten Wechsel“ in der Politik der US-Regierung gebe. Chatami verwies zugleich auf den Umstand, dass im Iran die politische Richtlinienkompetenz nicht beim Präsidenten, sondern beim obersten geistlichen Führer, Ali Chamenei, liege. Ahmadinedschad tritt sein Amt am 4. August an.

Iran und USA unterhalten seit 1980 keine diplomatischen Beziehungen. Damals hatten iranische Studenten nach dem Sturz des Schahs die Teheraner US-Botschaft gestürmt und mehr als ein Jahr lang dutzende Geiseln gefangen gehalten. Manche der Geiseln wollen Ahmadinedschad auf Fotos als damaligen Geiselnnehmer wieder erkannt haben.